

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	58. Plenarsitzung Gemeinderat
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:
Sondernutzungsrichtlinie Mühlburg		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Planungsausschuss	16.01.2014	2	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme
Gemeinderat	21.01.2014	8	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
Planungsausschuss	13.02.2014	7	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Gemeinderat	18.02.2014	14	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Planungsausschuss -, die Verwaltung mit der Umsetzung der Richtlinie zu beauftragen.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)		
Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Zukunft Innenstadt und öffentl. Raum		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Im Zuge der umfangreichen Beteiligungsprozesse zur Sanierung Mühlburg wurde auf Anregungen der Bevölkerung und Interessensvertretungen aus dem Stadtteil der Entwurf einer Sondernutzungsrichtlinie erarbeitet. Sie soll die umfangreichen Umgestaltungsmaßnahmen im Geschäftszentrum flankieren und die Aufwertung des öffentlichen Raumes dauerhaft sichern.

Die Überplanung der Einkaufsstraße Mühlburgs, der "großen" Rheinstraße zwischen Philippstraße und Am Entenfang mit Peter-und-Paul-Platz sowie der sich anschließenden "kleinen" Rheinstraße zwischen Am Entenfang und Hardtstraße ist abgeschlossen. Die bauliche Umsetzung soll im Frühjahr 2014 beginnen. Die Sondernutzungsrichtlinie soll bis zur Fertigstellung in Kraft sein, um ab diesem Moment auch das im öffentlichen Raum zum Einsatz kommende private Mobiliar auf die Qualitätsstufe des dann neu gestalteten Straßenraumes zu heben.

Die Inhalte des aktuellen Entwurfsstandes (Anlage) wurden verwaltungsintern und vorab mit dem Bürgerverein und der Interessengemeinschaft Mühlburg abgestimmt. Am 12.11.2013 hat ein Beteiligungstermin stattgefunden, zu dem die im zukünftigen Geltungsbereich tätigen Gewerbetreibenden eingeladen waren. Im Sanierungsbeirat wurde der Entwurf am 27.11.2013 vorgestellt. Am 09.01.2014 fand nochmals eine Abstimmung zwischen der Interessengemeinschaft Mühlburg und der Verwaltung statt.

Der Planungsausschuss hat am 16.01.2014 beraten. Es sind neben inhaltlichen Fragen solche zum Verfahren aufgetaucht. Insbesondere wurde zusätzlicher Beratungs- und Beteiligungsbedarf wegen einer angenommenen Abhängigkeit zukünftiger ähnlicher Vorhaben in anderen Geschäftslagen der Stadt von der jetzt vorliegenden Richtlinie gesehen. Es ist klarzustellen, dass die Richtlinie für den in ihr festgelegten Geltungsbereich vorgesehen ist (Lageplan/Anlage). Daher wurden sämtliche Betroffene intensiv beteiligt - zusätzlich auch die IHK -, und die nicht Betroffenen wurden nicht beteiligt. Zukünftige Richtlinien, die beispielsweise etwa in der Innenstadt oder in Durlach sinnvoll sein könnten, werden dort jeweils auf die entsprechenden Verhältnisse angepasst und mit den dann zu Beteiligten zusammen erarbeitet, wie dies mit der vorliegenden Richtlinie für Mühlburg der Fall war.

Die von der Interessengemeinschaft Mühlburg im Nachgang zum Abstimmungsverfahren vorgebrachten Regelungsaspekte wurden - sofern sie Gegenstand der Richtlinie sein können - teilweise eingearbeitet. Dies betrifft eine vom ursprünglichen Entwurf abweichende Regelung zu Stehtischen. Seit kürzester Zeit kontrovers angesprochene Inhalte (z. B. zusätzliche Kundenstopper) wurden in der Sitzung vom 16.01.2014 mit der Bitte um entsprechende Abwägung und Entscheidung angesprochen. Nicht der Richtlinie zugängliche sonstige Themenkreise werden in getrennten Arbeitsschritten behandelt.

Nach Vorberatung empfiehlt der Planungsausschuss dem Gemeinderat, die Verwaltung mit der Umsetzung der Richtlinie zu beauftragen.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Planungsausschuss -, die Verwaltung mit der Umsetzung der Richtlinie zu beauftragen.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
6. Februar 2014